



Tagung Kernkraftwerke in der DDR - Geschichte und Widerstand

Berlin, 16.11.2019

Haus der Demokratie
und Menschenrechte



Auch in der DDR gab es Widerstand gegen die Nutzung der Atomenergie - die große Anti-Atombewegung, wie in Westdeutschland, gab es in der DDR so aber nicht. Mit der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl begannen viele Diskussionen, die in den öffentlichen Medien der DDR aber so nicht vorkamen. Menschen stellten Fragen zur Strahlenbelastung und Sicherheit der Kernkraftwerke in der DDR. Die SED und das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) versuchten mit allen Mitteln, jeglichen Widerstand zu verhindern. Umweltgruppen in der DDR, meist bei der Kirche angesiedelt, verbreiteten kritisches Info-Material.

Mit Aktivisten, Künstlerinnen, Wissenschaftlern wollen wir uns dem Thema der Atomenergie in der DDR annehmen und dies von verschiedenen Seiten beleuchten. Die Tagung soll dazu dienen, einen ersten Überblick über das Geschehen in der DDR zu gewinnen. Und das reicht auch noch bis heute. So dauern der Rückbau der KKW Rheinsberg und Greifswald bis heute an, der Uranbergbau der Wismut AG und die Energieprobleme der DDR sollten 30 Jahre nach der Wende unbedingt angesprochen werden.

Der Umweltverband GRÜNE LIGA, der meist in Ostdeutschland vertreten ist, will sich dieser Aufgabe stellen und hofft auf Mitwirkung und Unterstützung.

10:00 Uhr
Filmbeitrag

„Atomstrom aus Rheinsberg“ (1966)

10:30 Uhr
Erste Panel

Dr. Sebastian Pflugbeil, Physiker, Minister in der Übergangsregierung 1990 (Modrow-Regierung) und Präsident der Gesellschaft für Strahlenschutz.
Der lange Weg zum Ausstieg! Wie war es in der DDR möglich, die Tabus im Umwelt- und Energiebereich zu unterlaufen?

Sebastian Stude, Historiker, schreibt seine Dissertation zur Kernenergie in der DDR unter Berücksichtigung der Unterlagen des MfS der DDR bei der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED Diktatur.
Die Zusammenarbeit von DDR und Sowjetunion auf dem Feld der Kernenergiewirtschaft und der ostdeutsche Geheimdienst (MfS).

Grit Ruhland, Künstlerin und Teil der Nuclear Culture Research Group.
Uranbergbau und seine Folgelandschaften - ökologische, gesellschaftliche und kulturelle Spuren der Wismut Betriebe.

Moderation:
Reinhard Dalchow, GRÜNE LIGA.

13:30 Uhr
Zweite Panel

Astrid Kirchhof, wiss. Mitarbeiterin an der HU Berlin, Lehrstuhl für Neueste und Zeitgeschichte.
Innerdeutsche Kontakte. Zum Problem der fehlenden Anschlussfähigkeit von Umweltgruppen zwei verschiedener Staaten.

Wolfgang Ehmke, BI Lüchow-Dannenberg, ist langjähriger Aktivist.
Er spricht u.a. zu den Kontakten der BI in die DDR, besonders zu den Protesten ab 1990 in Stendal.

Daniel Häfner, Forschungszentrum für Umweltpolitik der FU Berlin.
Er arbeitet zu den Themen der Aufarbeitung des Atomkonfliktes und der Endlagerstandortsuche (auch in Ostdeutschland).

Nach beiden Vorträgen findet sich Zeit für Fragen und Anregungen.

Die Konferenz findet am 16. November 2019 von 10:00 bis 16:00 Uhr im Haus der Demokratie und Menschenrechte, Greifswalder Straße 4, Berlin statt.
Ein Tagungsbeitrag von 7,- Euro ist beim Einlass zu entrichten.

Eine Anmeldung unter bundesverband@grueneliga.de ist erwünscht.